

## Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 27.01.2025

### **Frei, gleich und selbstbestimmt. Mehr für Frauen. Besser für Deutschland.**

#### **Die Bedrohung ist real – weltweit!**

Frauenrechte sind überall auf der Welt unter Druck. In vielen Ländern droht ein Rollback und damit ein gewaltiger Rückschritt für die Selbstbestimmung von Frauen und die freien Gesellschaften insgesamt.

Bereits mit seinen ersten Dekreten hat der neue US-Präsident Trump beispielsweise finanzielle Mittel für die Beratung zum Schwangerschaftsabbruch gestrichen. In vielen Ländern verleihen währenddessen **Fundamentalisten** ihrer Geringschätzung für Frauen ungehemmter denn je Ausdruck. Auch in Deutschland sind Ideen wieder erschreckend gesellschaftsfähig, die wir längst überwunden glaubten: Frauen sollen in die traditionelle Mutterrolle und an den Herd gedrängt werden, so will es die AfD. Partnerschaftsgewalt ist alltäglich. Frauenhass und Herabwürdigung von Frauen sind allgegenwärtig.

Aber auch in ihrem ganz normalen Alltag stehen Frauen enorm unter Druck: Die Hauptlast der Sorgearbeit, für die Kinder oder die Eltern, wird von Frauen getragen. Steigende Preise und knapper Wohnraum stellen insbesondere alleinerziehende Frauen vor große Herausforderungen. Zu viele Frauen sind immer noch im Niedriglohnsektor beschäftigt und kämpfen mit unzuverlässigen Betreuungsangeboten. Und auch von Altersarmut sind Frauen überdurchschnittlich betroffen.

#### **Das Erreichte gemeinsam verteidigen!**

Dieser Entwicklung stellen wir uns entgegen! Unser klares Ziel bleibt gerade in diesen Zeiten: die **vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern**. In den letzten 20 Jahren haben wir viel erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel.

*Mehr finanzielle Unabhängigkeit:* Vom **gesetzlichen Mindestlohn**, den wir vor 10 Jahren durchgesetzt haben, profitieren besonders viele Frauen. Das **Entgelttransparenzgesetz** trägt seit acht Jahren dazu bei, die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz zu beenden.

*Mehr Partnerschaftlichkeit:* Das **Elterngeld** ist seit 2007 Nachfolger des Erziehungsgeldes und ein zentraler Beitrag zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen nach der Geburt eines Kindes, zur Verringerung von Berufsausstiegszeiten von Müttern und zur partnerschaftlicheren Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen.

*Mehr Macht in Unternehmen:* Mit dem **Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen** haben wir vor 10 Jahren die Weichen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen gestellt. In Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen gilt seitdem eine feste Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent für neu zu besetzende Posten. In Vorständen mit mehr als drei Mitgliedern muss mindestens eine Frau vertreten sein. Und die Quote wirkt!

*Mehr Selbstbestimmung:* Zu Beginn dieser Wahlperiode haben wir **§ 219a, das sogenannte „Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche“**, aus dem **Strafgesetzbuch** gestrichen. Ärztinnen und Ärzte können nun über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne sich strafbar zu machen. Frauen haben freien Zugang zu medizinischen Informationen. Damit haben wir ein Relikt aus der Nazizeit abgeschafft.

### **Wir gehen weiter gemeinsam voran!**

Gesellschaften, in denen Frauen und Männer wirklich gleichgestellt sind, sind erwiesenermaßen erfolgreicher und zukunftsfähiger. Auch in Deutschland bleibt noch vieles zu tun.

*Dafür* brauchen wir JETZT die notwendigen politischen Mehrheiten: Ganz wichtig ist, dass das **Rentenniveau** erhalten bleibt – dafür wollen wir dauerhaft sorgen. Weil wir mit stabilen Renten gerade Frauen, die Erziehungsarbeit geleistet, Teilzeit gearbeitet oder wenig verdient haben, vor Altersarmut schützen.

Wir setzen uns für einen **Mindestlohn von 15 Euro** und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Das Entgelttransparenzgesetz wollen wir zu einem wirksamen **Lohn gerechtigkeitsgesetz** weiterentwickeln.

Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wollen wir die Chancen von Frauen in den Betrieben auf allen Ebenen verbessern. **Auch ein zukünftiges Kabinett unter SPD-Beteiligung wird mit 50 Prozent Frauen besetzt sein.**

Wir wollen die Voraussetzungen für eine **faire Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit** weiter verbessern – mit zwei Wochen bezahlter Partnerfreistellung nach Geburt, einem verlängerten Elterngeld, das klare Anreize für Partnerschaftlichkeit von Anfang an setzt, mit besseren und verlässlichen Kitas und Ganztagschulen und mit einem Familienbudget für Alltagshelfer, das legale Unterstützung im Haushalt auch für Familien mit Durchschnittseinkommen zugänglich macht.

Weil häufig Frauen die Pflege von Angehörigen übernehmen, werden sie besonders von **Pflegekosten-Deckel und Familienpflegegeld** profitieren. Wir wollen **Paragraf 218** in seiner heutigen Form streichen, damit das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken, Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und eine bessere medizinische Versorgung von betroffenen Frauen sicherstellen.

Wir wollen, dass die **Gesundheitsversorgung** den spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird. Wir verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt, Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren.

Wir wollen **Frauen vor Gewalt schützen**. Mit gesetzlichen Maßnahmen und finanziellen Mitteln wollen wir die Schutz- und Beratungsangebote für Opfer ausbauen und absichern. Das Gewalthilfegesetz ist dafür ein wichtiger Schritt.

**Darum geht es bei der Wahl am 23. Februar.  
Mehr für Frauen. Besser für Deutschland.**